

THEMA IM LANDTAG

Kindeswohl vor Elternwille – SPD startet Gesetzesinitiative für Kinderrechte in der Niedersächsischen Verfassung

»Kinder brauchen eigene verfassungsrechtliche Rechte auf Schutz und Förderung durch den Staat«, forderte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner im Landtag. Anlass war ein SPD-Gesetzesentwurf, der die Verankerung von Kinderrechten in die niedersächsische Landesverfassung zum Ziel hat. Im Verlauf der Debatte hat die SPD Fraktion – vor allem mit der Grundsatzrede von Wolfgang Jüttner – dazu ihre Position verdeutlicht:

von Wolfgang Jüttner

Kinder sind der größte Schatz, über den die Gesellschaft verfügt. Jenseits wohlklingender Sonntagsreden bedürfen sie deshalb eines besonderen Schutzes und des Rechts auf Förderung. Die SPD setzt deshalb in ihrer Kinderpolitik auf eine Kombination aus vorsorgenden Schutzmaßnahmen und individueller Förderung im Bildungswesen.

Die Verankerung von Kinderrechten in der Niedersächsischen Verfassung ist dabei mehr als die von CDU und FDP unterstellte Symbolik. Allein schon das Vorhandensein von verfassungsrechtlich abgesicherten Rechten der Kinder verändert staatliches und gesellschaftliches Handeln. Die Verfassung ist nun mal der höchste Bezugsrahmen und entfaltet starke verhaltensnormierende Kraft.

Die schrecklichen Fälle von Kindesmisshandlung und -verwahrlosung belegen, dass »Kindeswohl vor Elternwille« gehen muss, so Jüttner. Dies gilt besonders dann, wenn Eltern aus Überforderung oder Desinteresse ihren Kindern massiv schaden. Nach Erkenntnissen des UNO-Kinderhilfswerkes UNICEF sterben wöchentlich zwei Kinder an den Folgen von Verwahrlosung, Misshandlung und Missbrauch. Dies sind aber nur die schlimmsten Auswüchse. Sie weisen aber darauf hin, dass dringend etwas getan werden muss.

Mit dem Programm »Kinder schützen – Kinder fördern« hat die SPD Vorschläge auf den Tisch gelegt, die die landespolitischen Spielräume ausschöpfen und eine klare Alternative bieten zur »Arbeitsverweigerung« der Sozialministerin. Exemp-

larisch erläuterte Jüttner drei große Vorhaben der SPD-Fraktion:

1. Das Ende des von der Landesregierung zu verantwortenden »Ausblutens« des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD).

Mit der SPD wird es für alle Kinder in Kitas und Grundschulen mindestens fünf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen durch den ÖGD geben. Damit werden auch die Familien erreicht, die heute noch nicht die freiwilligen Untersuchungen der Krankenkassen nutzen.

2. Der flächendeckende Ausbau der Familienhebammen im Lande – von der Schwangerschaft bis zum Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes.

Denn nur eine möglichst frühzeitige und niedrigschwellige Unterstützung hilft Eltern und Kindern. Die Landesregierung ist zu einer solchen »landesweiten Anstrengung« weder willens noch fähig. Wie sonst ist es zu erklären, dass sie die Aufgaben weitgehend auf die Kommunen abwälzt?

3. Die Mehrgenerationenhäuser des Landes werden zu Familienzentren weiterentwickelt.

Denn entscheidend für Familien und Kinder ist eine »zentrale Anlaufstelle« für die aufsuchende Kinder- und Familienhilfe.

Die SPD will dabei eine neue Balance von Kinder- und Elternrechten erreichen. Die jetzige verfassungsrechtliche Situation führt dazu, dass Kinder nur das erwarten können, was ihre Eltern zu leisten in der Lage und bereit sind.

Liebe Leserinnen und Leser,



**Wolfgang Jüttner,
Fraktionsvorsitzender**

vor einigen Tagen hat es eine NDR-Umfrage gegeben, in der die SPD bei der »Sonntagsfrage« gegenüber der CDU verloren hat. Das ist kein angenehmes Ergebnis. Es ist aber auch noch lange kein Grund, »die Flinte ins Korn zu werfen«. Bis zur Landtagswahl haben wir noch 12 Monate Zeit, die Scharte auszuwetzen. Die Voraussetzungen dafür sind nicht so schlecht, wie es beim bloßen Vergleich der Prozente scheinen könnte.

Die Umfrage zeigt nämlich gleichzeitig, dass das die Zahl der Menschen um 10 Prozent gestiegen ist, die der SPD eher als der CDU die Lösung der Probleme des Landes zutrauen. Dies gilt besonders in den Bereichen der Sozialpolitik und der Bildungspolitik. Dort sind unsere Kompetenzwerte deutlich gestiegen.

Dies zeigt: Wir konnten in der letzten Zeit mit unseren inhaltlichen Initiativen gut punkten. Auch im Januarplenum haben wir unser Profil wieder deutlich zeigen können. Das Rennen ist also weiter offen.

Euer

W. Jüttner

»Nur ein eigenständiges Grundrecht der Kinder auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf Förderung nach ihren Anlagen und Fähigkeiten weist den Weg aus dieser Sackgasse«, so lautete der Kernsatz von Wolfgang Jüttner.

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben deutlich gemacht, dass die Herkunft der Eltern auch heute noch »fast immer« über die Zukunftschancen ihrer Kinder entscheidet. »Sage mir, was deine Eltern beruflich machen, und ich sage dir, was für dich drin ist«, spitzte Jüttner dies in der Debatte zu.

Deshalb sind frühkindliche und vorschulische Förderung, Erziehung und Betreuung die zentralen Bausteine fortschrittlicher Kinderpolitik. Immerhin ist der Begriff »Kindergarten« in Deutschland erfunden worden und um die Welt gegangen. Nun aber stag-

niert die Entwicklung. Deutschland – und insbesondere Niedersachsen – fallen zurück.

Wie soll man der niedersächsischen Bevölkerung erklären, dass bei uns nur 80



Prozent der notwendigen Kita-Plätze vorhanden sind? Immer noch werden Kinder

aus Haushalten, in denen Eltern Abitur haben, viel eher in den Kindergarten geschickt als z.B. Kinder aus sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund. Die SPD strebt deshalb einen »klaren Mentalitätswechsel«, hin zu einer spürbaren Verbesserung in der frühkindlichen Bildung an.

Wolfgang Jüttner erinnerte in seiner Rede auch daran, dass inzwischen in elf der 16 Bundesländer Kinderrechte in den Landesverfassungen verankert sind. Sowohl die UN-Kinderrechtskonvention als auch die EU-Grundrechtscharta definierten eigene Kinderrechte. Die SPD ist deshalb gespannt auf den Willensbildungsprozess in der CDU, aus der in den vergangenen Tagen widersprüchliche Signale gekommen sind. Im Interesse der Kinder hoffen

wir, dass uns eine Änderung der Verfassung gelingt.

Kein Pakt mit Rechtsaußen – CDU-Parteichef Wulff duldet NPD-Kooperation

»Der Landtag hält es für notwendig, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gefährlichen Gedankengut der extremen Rechten von allen demokratischen Parteien gemeinsam verstärkt und offensiv geführt wird.« Das hat der Landtag am 22. Juni 2006 auf Drängen der SPD-Landtagsfraktion beschlossen – mit den Stimmen der CDU.

In der niedersächsischen CDU gibt es aber Kräfte, die sich darum nicht scheren und die mit ihrem politischen Agieren die Rechtsextremen in Niedersachsen hoffähig machen. Die Helmstedter CDU-Kreisfraktion hat gemeinsam mit der NPD den Haushalt 2007 des Landkreises Helmstedt verabschiedet. Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Wittich Schobert hat die örtliche CDU zur Rückenbedeckung veranlasst. Auch die niedersächsische Justizministerin wohnt vor Ort – und schweigt. Keinerlei Protest kommt von der Verfassungsministerin.

Der SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner hatte dem CDU-Innenminister erst vor wenigen Wochen nachgewiesen, dass er sich der Sprache des Rechtspopulismus bedient. Keine Woche später macht sich nun der erste Kreisverband der CDU von Stimmen der vom niedersächsischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft NPD abhängig.

CDU und NPD verhinderten in Helmstedt gemeinsam, dass die Aidshilfe unterstützt wird. Mit den Stimmen der NPD lehnt der Kreistag ein Projekt gegen Rechtsextremismus ab. Eine Kooperation der demokratischen Parteien scheitert deshalb, weil sich

die SPD für eine Mensa stark macht, in der täglich 400 Essen ausgegeben werden, und die CDU einen Standort mit 35 Essen favorisiert. Allerdings ist der Standort mit 400 Essen eine integrierte Gesamtschule. Ganz offensichtlich ist der CDU in Niedersachsen der ideologische Kampf gegen die Gesamtschule wichtiger als die Abgrenzung zum gefährlichen Gedankengut der extremen Rechten.

Die Meinung von Wolfgang Jüttner dazu ist eindeutig. Im Rahmen der »Aktuellen Stunde« im Landtag erklärte er was für jede demokratische Partei in unserem Land gelten muss: Abstand halten, den Rechtsextremismus bekämpfen, gerade

auch seinen parlamentarischen Arm. Der Rechtsextremismus darf in Niedersachsen nicht hoffähig gemacht werden, nicht in Helmstedt, nirgends in Niedersachsen.

Beschämend ist allerdings nicht nur die bereitwillige Kooperation der Helmstedter CDU. Nicht nur der örtliche CDU-Abgeordnete, sondern leider auch der FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende Rösler scheinen die Gefährlichkeit der NPD bis zum heutigen Tage zu unterschätzen. In der »Aktuellen Stunde« hat dieser das Vorgehen der CDU verteidigt. Die Verharmlosungsversuche des Herrn Rösler sind genauso gefährlich wie das Wegducken des Herrn Wulff.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Simon Kopelke (E-Mail: Simon.Kopelke@LT.Niedersachsen.de)

Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@LT.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@LT.Niedersachsen.de)

Keine 1.000 zusätzlichen Polizisten – Bilanz der Polizeireform fällt dürrig aus

Die CDU/FDP-Landesregierung vollbringt das Kunststück, die 61 Fragen einer Großen Anfrage zu den Auswirkungen der Polizeireform des Jahres 2004 auf exakt 61 Seiten zu beantworten, ohne dabei jedoch auch nur ein einziges stichhaltiges Argument für den vermeintlichen Erfolg dieser Polizeireform zu liefern.

»Der Innenminister redet sich die Reform schön und blendet jede Kritik weg«, kritisierte SPD-Innenexperte Heiner Bartling. »Er scheint an einer Wahrnehmungsstörung zu leiden, wenn er wirklich glaubt, die schlechte Stimmung innerhalb der Polizei würde sich nahezu ausschließlich auf Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung beziehen. Natürlich ist richtig, dass die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Streichung von Fortbildungsmaßnahmen nicht ausschließlich für Begeisterung gesorgt hat.« Und natürlich ist es nur ein schwacher Trost, dass sich die Kolleginnen und Kollegen beim Händewaschen das eiskalte Wasser dadurch warmdenken können, dass die 210 neu eingestellten Kolleginnen unter den gleichen miserablen Bedingungen ihren Dienst verrichten müssen«.

Die SPD ist der Auffassung, dass die zentralistische Organisation erhebliche Ressourcen innerhalb der Polizei und hier insbesondere innerhalb des Einsatz- und Streifendienstes verschenkt und dort vor-

handene Kompetenzen und Fähigkeiten brach liegen und über kurz oder lang sogar verkümmern lässt. Geradezu absurd ist aber das oberste Reformziel: eine Stärkung der »Eigenständigkeit der Polizei«. »Ich rede nicht gegen eine Spezialisierung innerhalb der Polizei, ich bin jedoch vehement gegen jede Abschottung der Polizei und gegen jede Abwertung des Einsatz- und Streifendienstes! Hier werden wir ab 2008 massiv entgegensteuern müssen«, kündigte Bartling dazu an.

Bemerkenswert ist, dass die Regierung Wulff zwischenzeitlich klammheimlich von einem ihrer zentralen Wahlversprechen abgerückt ist: Ein zentrales Wahlversprechen des amtierenden Ministerpräsidenten war die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Polizisten. Insgesamt nur noch 800 statt 1.000 zusätzliche Polizisten sollen eingestellt werden.

Während die Bürgerinnen und Bürger bislang davon ausgegangen sind, dass zumindest die bislang eingestellten zu-



Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher

sätzlichen 210 Polizisten jetzt für mehr Polizeipräsenz auf der Straße sorgen, sieht die Wahrheit jedoch anders aus: Der Fahrzeugbestand der Landespolizei hat sich zwischen 2003 und heute nicht um ein einziges Fahrzeug erhöht. Die zusätzlichen Polizisten können gar nicht Streife fahren, weil ihnen diese Landesregierung nicht ein einziges zusätzliches Fahrzeug zur Verfügung gestellt hat!

Landesregierung veralbert behinderte Menschen SPD kritisiert »substanzlosen« Gesetzentwurf zur Behindertengleichstellung

Als »Veralberung behinderter Menschen in Niedersachsen«, bezeichnete der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Schwarz den vom Kabinett vorgelegten Entwurf eines Behindertengleichstellungsgesetzes. »Nach jahrelangen Ankündigungen und Vertröstungen legt die Landesregierung nun ein völlig substanzloses Gesetz vor«, so Schwarz in seiner Rede.

Noch im Dezember hat Ministerpräsident Wulff vor dem Paritätischen einen weitreichenden Gesetzentwurf der Landesregierung angekündigt. Uwe Schwarz kommentiert: »Wieder einmal redet Herr Wulff nach außen schön daher – in der Sache selbst zieht er dann seine Politik der Ausgrenzung behinderter Menschen durch.« Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die erst nach massiven öffentlichen Protesten zurückgezogene Streichung des Landesblindengeldes sowie wiederholte Kürzungen und Nullrunden für Behinderteneinrichtungen seit Amtsantritt der Wulff-Regierung.

Er kritisierte besonders die Beschränkung

des Gesetzes auf die Landesverwaltung. Kommunen und alle dem Land unterstellten Einrichtungen seien außen vor. Darüber hinaus habe Finanzminister Möllring alle Regelungen zur Barrierefreiheit unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Der Gesetzentwurf bleibe weit hinter den entsprechenden bundesgesetzlichen Regelungen zurück. Er enthalte kaum verbindliche Handlungsverpflichtungen. Vielmehr erschöpfe er sich in zahlreichen »zahnlosen« Kann- und Soll-Vorschriften«.

Nicht einmal zu einer Empfehlung an die Kommunen, eigene Behindertenbeiräte einzurichten, habe sich die Landesregie-



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

rung in dem Gesetzentwurf durchbringen können. »Auch mit diesem Gesetzentwurf bleibt Niedersachsen in Deutschland Schlusslicht in der Behindertenpolitik«, sagte Schwarz. Es sei deshalb nur konsequent, dass der Landebehindertenbeauftragte den Entwurf nicht mitgezeichnet habe.

Die SPD-Fraktion habe bereits im Februar 2005 einen Entwurf für ein Behinderten-

gleichstellungsgesetz vorgelegt. Schwarz übte scharfe Verfahrenskritik an der CDU: »Seit nunmehr fast zwei Jahren verweigern CDU und FDP mit fadenscheinigen Begründungen die Beratung dieses Entwurfs.«

Ziel des Gesetzentwurfs der SPD sei es unter anderem, das Prinzip der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu stärken. So sollen alle öffentlichen Einrichtun-

gen beispielsweise verpflichtet werden, neue Gebäude behindertengerecht zu planen. »Die Erfahrungen in anderen Bundesländern mit ähnlichen Regelungen sind durchweg positiv. Sie zeigen, dass Barrierefreiheit auch ohne exorbitante Kosten und ohne zusätzliche Bürokratie gewährleistet werden kann. Klar ist aber auch: Die volle Teilhabe behinderter Menschen am öffentlichen Leben kann es nicht zum Nulltarif geben.«

Transrapid-Unglück: SPD will politische Aufklärung

Im Landtag hat die politische Aufarbeitung des Transrapid-Unfalls begonnen. Bereits im Dezember fand die konstituierende Sitzung des 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) statt. Seit Anfang des Jahres wollen sich Vertreter aller Landtagsfraktionen Klarheit darüber verschaffen, inwieweit Politik und Landesregierung den tragischen Unfall mitzuverantworten haben. SPD-Ausschuss-Sprecher Gerd Will: »Wir sind es den 23 Toten und den vielen Verletzten schuldig, umfassend und zügig aufzuklären. Dabei darf es nicht um politisches Taktieren gehen, sondern einzig und allein um die Wahrheitsfindung.«

Ob das CDU und FDP genauso sehen, war zumindest zu Beginn zweifelhaft. Der PUA startete äußerst holprig, in der ersten Sitzung des Jahres musste die öffentliche Sitzung nach wenigen Minuten unterbrochen werden. SPD und auch Grüne sahen sich in ihrer Arbeit behindert. »Hauptkritik der SPD war das Mauern der Landesregierung. »Noch vier Wochen nach Einsetzung des Ausschusses lagen uns keine einsehbaren Unterlagen aus der Landesregierung vor.«

Mittlerweile hat sich die anfängliche Aufregung etwas gelegt. Am 17. Januar machten sich die Ausschussmitglieder vor

Ort in Lathen ein Bild von der Transrapid-Teststrecke. Besonders die Technik und Abläufe im Leitstand (vergleichbar mit ei-

ben, die besten Sicherheitsvorkehrungen für die Teststrecke zu treffen.«

Unklar etwa ist, warum der TÜV bestimmte sicherheitsrelevante Betriebsabläufe in Lathen nur stichprobenartig kontrolliert hat. Das erforderliche Vier-Augen-Prinzip im Leitstand hat es so tatsächlich nicht gegeben. Der Fahrdienstleiter hatte auf seinem Monitor andere Informationen als sein Kollege. Das haben andere beim Ortstermin festgestellt«. Unklar ist auch, warum bei der geplanten Transrapidstrecke in München ein teureres automatisches Sicherheitssystem eingesetzt werden soll, wenn das Sicherheitssystem in Lathen laut Verkehrsminister Hirche doch genauso sicher ist.

Um diese und viele weitere Fragen zu klären, werden in den nächsten Ausschuss-Sitzungen zahlreiche Zeugen vernommen. Geladen werden unter anderem Bahnchef Mehdorn und der bayerische Verkehrsminister Huber. Die Terminplanung gestaltet sich allerdings manchmal recht schwierig. »Wir erwarten von allen geladenen Zeugen, dass sie ihr Möglichstes geben, um an der

Aufklärung des schrecklichen Unglücks mitzuwirken«, sagte Will. Die SPD-Fraktion geht momentan davon aus, dass der Ausschuss seine Arbeit spätestens im Sommer beendet hat. »Bis dahin wird klar sein, ob Verkehrsminister Hirche für den Unfall politische Verantwortung übernehmen muss.«



nem Flughafen-Tower) ließen sich die Abgeordneten genauestens erklären. »Wir ermitteln zwar nicht alle Einzelheiten wie die Staatsanwaltschaft«, erläuterte SPD-Sprecher Gerd Will. »Aber unsere Aufgabe ist es herauszufinden, ob der Verkehrsminister und seine nachgeordneten Behörden es möglicherweise versäumt ha-

Geförderte Altersteilzeit verlängern

»Die geförderte Altersteilzeit ist ein Baustein der Generationengerechtigkeit und muss über das Jahr 2009 hinaus verlängert werden.«, forderte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Lenz.

In vielen Branchen sind die Menschen gar nicht in der Lage bis zum 65. oder gar 67. Lebensjahr ihren Job auszufüllen. Die geförderte Altersteilzeit ist daher ein bewährtes Instrument, besonders belasteten älteren Menschen einen früheren Ruhestand zu ermöglichen, ohne dass aufgrund von hohen Rentenabschlägen Altersarmut droht.

Wir brauchen zukünftig eine viel stärkere Differenzierung beim Renteneintrittsalter. Das Instrument der bezuschussten Altersteilzeit kann dafür ein Rechtsrahmen sein, insbesondere wenn die Tarifvertragsparteien zu einer Weiterentwicklung im Sinne einer stärkeren Differenzierung bereit sind. Dies sei die notwendige Konsequenz aus dem demografischen Wandel, der zu Arbeitskräftemangel bei den Hochqualifizierten führen wird. Gleichzeitig gibt es aber eine Vielzahl von Jobs, bei denen die Aussicht, bis 67 zu arbeiten und dann noch gesund in die Rente zu kommen, schier unvorstellbar ist.

Die Bundesregierung will die staatlich ge-

förderte Altersteilzeit im Jahre 2009 auslaufen lassen. Die Altersteilzeit wird bisher mit einem 20%igen staatlichen Zuschuss gefördert, wenn die Stelle dauerhaft wiederbesetzt wird. Daher profitierten sowohl junge als auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dieser Regelung: Die Jungen bekommen die Möglichkeit ins Berufsleben einzusteigen, die Älteren können früher in den Ruhestand gehen, ohne größere Abschläge in Kauf nehmen zu müssen.

Entschieden widersprach Günter Lenz in seiner Rede vor dem Landtag daher der Kritik, die Altersteilzeit sei überholt und fördere nur den Personalabbau älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: »Die Frühverrentung einerseits und die bezuschusste Altersteilzeit andererseits sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die alte Frühverrentung, also die Nutzung von staatlichen Mitteln, um Personal abzubauen, ist 1997 beendet worden. Sie ist Geschichte. Bezuschusste Altersteilzeit wie die SPD fordert gibt es nur dann, wenn ein Arbeitsloser unbefristet einge-



Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher

stellt oder ein Auszubildender übernommen wird.

Die SPD Landtagsfraktion hat die Landesregierung daher aufgefordert, mit einer Bundesratsinitiative auf die Verlängerung der geförderten Altersteilzeitregelung hinzuwirken.

Neu im Landtag: Daniela Krause-Behrens

Manchmal kann alles sehr schnell gehen: Am 19. Januar erhielt Daniela Krause-Behrens einen Anruf von Wolfgang Jüttner. In diesem informierte er sie, dass sie am 24. Januar als Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag nachrücke. Zuvor hatte die langjährige Abgeordnete Heidi Merk (siehe Artikel Seite 9) ihr Mandat aus privaten Gründen niedergelegt und der Nachrücker Wolfgang Domröse mitgeteilt, das Mandat nicht anzunehmen.

Für Kennerinnen und Kenner der Landespolitik ist Daniela keine Unbekannte. Bereits seit 2003 ist sie Mitglied des SPD-Landesvorstandes, seit 2005 stellvertretende Vorsitzende. Besonders mit dem Vorsitz der Antragskommission zum SPD-Bildungsparteitag hat sie sich einen Namen gemacht. Ihre bildungspolitische Sachkompetenz und ihr Moderationstalent trugen entscheidend zur erfolgreichen Neupositionierung der SPD bei.

Das politische Engagement der 38-jährigen begann bereits Jahre zuvor. Aktiv in

Jugendhilfe- und Entwicklungshilfeprojekten fand sie 1996 den Weg in die SPD. In diesem Jahr wurde sie erstmalig in den Gemeinderat in Bokel gewählt, seit 2001 sitzt Daniela im Kreistag von Cuxhaven. Dort ist sie konsequenterweise Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und Mitglied im Umweltausschuss. Fast nebenbei ist die Diplom-Politologin und Journalistin Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Cuxhaven und engagiert sich parteiintern im Bereich Nachwuchsförderung und Qualifizierung.

Seit 2000 bis zu ihrem Einzug in den Landtag war Daniela Leiterin der Stabsstelle Marketing und Öffentlichkeitsarbeit an der Hochschule Bremerhaven. Zuvor war sie u.a. als Redaktionsleiterin im Landkreis Osterholz journalistisch tätig. Im Landtag ist die Hobbytaucherin Mitglied in den Ausschüssen für »Bundes- und Europaangelegenheiten« und für »Wissenschaft und Kultur«. Aber auch ihre weiteren »Herzensthemen« will sie



Daniela Krause-Behrens, MdL

weiter verfolgen: die Jugendhilfe, den Umweltschutz und den Kampf gegen Rechtsradikalismus.

Jade-Weser-Port muss Erfolgsgeschichte für Niedersachsen werden

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner sorgt sich um die rechtzeitige Fertigstellung der Gewerbeflächen am geplanten Jade-Weser-Port und deren Verkehrsanbindung. Er hat die Landesregierung daher aufgefordert, die am Jade-Weser-Port vorgesehenen Gewerbeflächen in jedem Fall zeitgleich mit der Inbetriebnahme des ersten deutschen Tiefwasserhafens zur Nutzung zu übergeben. Nur so kann Deutschlands einziger Tiefwasserhafen auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht eine Erfolgsgeschichte werden.

Ab 2010 sollen Containerschiffe der neuesten Generation mit mehr als 8000 Standardcontainern, einer Länge von 430 Metern und einem Tiefgang von 16 Metern an der niedersächsischen Küste festmachen.

Angeichts der großen Investitionen von 600 Mio. Euro in die Infrastruktur und die privat finanzierten 300 Mio. Euro in die Suprastruktur muss der Jade-Weser-Port für Niedersachsen eine Erfolgsgeschichte werden. Dies setzt aber voraus, dass die Feederquote, also der direkte Umschlag von Schiff zu Schiff möglichst gering ist. Ziel des Landes muss es sein, einen möglichst hohen Teil der Güter im Raum Wilhelmshaven weiterzuverarbeiten. Nur das In-die-Hand-Nehmen von Containern bedeutet Wertschöpfung, Kommissionierung, Konditionierung und alle anderen notwendigen Bestandteile. Erst hierdurch wird der Hafen im größeren Ausmaß beschäftigungsrelevant.

Der Hafen und die anschließenden Gewerbeflächen benötigen eine bessere Verkehrsanbindung an das Hinterland. Insbesondere die Schienenwege müssen ausgebaut werden. Jüttner bezweifelt jedoch, ob die von Christian Wulff gemachten Zusagen eingehalten werden können: »Es gab in den letzten Wochen einige Hinweise, die uns Sorgen machen. Daraus mache ich keinen Hehl. Das beginnt mit der Tatsache, dass der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens mehrmals verschoben worden ist. Dies betrifft die vom Ministerpräsidenten bis zum Jahr 2010 zu-

gesagte verbesserte Schienenanbindung des Hafens einschließlich der erforderlichen Ortsumfahrungen bei Sande und Oldenburg sowie die Elektrifizierung und Zweigleisigkeit der Strecke.

Jüttner erwartet von der Landesregierung, dass sie sowohl bei der Frage des Flächenmanagements als auch bei der Frage des Bahnanschlusses die Voraussetzungen dafür schafft, dass dieses für das Jade-Weser-Gebiet und für ganz Niedersachsen so zentrale Projekt nicht gegen die Wand gefahren wird.



Schon mit der Inbetriebnahme des Hafens müssen daher die geeigneten Industrie- und Gewerbeflächen im so genannten Hafengroden zur Verfügung stehen, auf dem sich die gewerbliche Wirtschaft ansiedeln kann. Eine einjährige Verzögerung der Übergabe des Hafengrodens gefährdet daher die beschäftigungspolitische Zielrichtung des gesamten Hafenprojektes, da sich die Handels- und Verarbeitungsströme ansonsten andere Wege suchen werden.

Veranstaltungsreihe »Wolfgang Jüttner im Gespräch mit ...«

Die SPD-Landtagsfraktion startet im Februar die Veranstaltungsreihe »Wolfgang Jüttner im Gespräch mit...«. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wird Wolfgang Jüttner im Rahmen von kleineren bis mittelgroßen Gesprächen in den Dialog mit gesellschaftlichen Vereinen, Verbänden und Organisationen treten.

Es geht dabei um einen inhaltlichen Austausch über die gegenseitigen Positionen: Es soll deutlich gemacht werden, in welchen Themenbereichen Wolfgang Jüttner über welche Positionen verfügt. Gleichzeitig sollen diese zur Diskussion gestellt und andere Positionen aufgenommen und reflektiert werden.

Die erste Veranstaltung findet am 15.02.2007, 18:00 Uhr, statt. Wolfgang Jüttner spricht im Rahmen dieses Termins mit türkischen Vereinen und Verbänden. Es folgt am 03.03.2007, 10:00 Uhr, das Gespräch mit den Stadt- und Kreiselternräten. Beide Gespräche finden in Raum 122 des Niedersächsischen Landtages statt.

Kahlschlag beim Nahverkehr verhindern – Land muss finanziell einspringen

Die SPD-Fraktion warnte vor den massiven Einschnitten beim Personennahverkehr, die unausweichlich sind, weil die Landesregierung die Kürzungen der sogenannten »Regionalisierungsmittel« ungeschmälert an die Verkehrsträger weitergibt. Die Regionalisierungsmittel stellt der Bund den Ländern zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung. Der Bund kürzt diese Mittel um 48 Mio. Euro im Jahr 2007 und 66 Mio. Euro im nächsten Jahr.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, Gerd Will, forderte die Regierung Wulff daher auf, dem Vorbild anderer Bundesländer zu folgen und den Nahverkehr mit Landesgeldern zu unterstützen. Im Gegensatz zu anderen Ländern reicht Niedersachsen die Kürzung der Regionalisierungsmittel vollständig an die Verkehrsträger weiter, die nun gezwungen sind, ihr Leistungsangebot deutlich einzuschränken. Anstatt diese Mindereinnahmen auszugleichen, bedient sich das Land aus dem Topf der Regionalisierungsmittel Jahr für Jahr mit zirka 90 Mio. Euro, um die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichszahlungen für den Schülerverkehr zu finanzieren. Diese Summe fehlt nun bei den Bussen und Bahnen im Regionalverkehr.

Gerd Will: »Die Ausschussanhörung hat nur zu deutlich gemacht, welche Folgen die Weitergabe dieser Kürzungen durch die Landesregierung für die Aufgabenträger in den Regionen haben wird. Nieder-

sachsen als Flächenland mit Ballungsräumen auf der einen und ländlichen Regionen auf der anderen Seite wird von dieser Landesregierung einfach im Stich gelassen.«

Gerd Will stellte in seiner Landtagsrede auch noch einmal die Auswirkungen dar: »Im Bereich des Großraumverbandes Braunschweig müssen über 300 000 Zugkilometer sofort eingespart werden; weitere Kürzungen drohen in den nächsten Jahren. Auch die Region Hannover hat in der Anhörung deutlich gemacht, dass bei den absehbaren Planungen intelligente Lösungen der Landesregierung fehlen. Allein durch den Einsatz kommunaler Mittel in Höhe von ca. 8,5 Millionen Euro gelingt es, 2006/2007 die Kürzungen nicht voll durchschlagen zu lassen. Dennoch kommt es auch hier zur Abbestellung von über 120 000 Zugkilometern, zu Einschränkungen von Wochenendverkehren und zur Abbestellung von Busverkehren in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro.



Gerd Will,
verkehrspolitischer Sprecher

Im Zuständigkeitsbereich der Landesnahverkehrsgesellschaft (restliches Niedersachsen) wurden bereits in 2006 0,9 % der Leistungen gekürzt. Die notwendigen Einsparungen betragen ab 2007 31 Millionen Euro, davon allein 20 Millionen Euro im investiven Bereich.

Qualitätssicherung der Lebensmittelkontrollen nicht überzeugend

Karin Stief-Kreihe, agrarpolitische Sprecherin der SPD Fraktion, kritisiert scharf die Antworten von Landwirtschaftsminister Ehlen auf die große Anfrage zur Qualitätssicherung der Lebensmittelkontrollen. »Die Antworten von Herrn Ehlen werfen noch mehr offene Fragen auf und zeigen, dass der Wille zu konkreten Antworten augenscheinlich nicht vorhanden ist«.

Anlass der großen Anfrage waren die jüngsten Skandale in der fleischverarbeitenden Branche. »Die Sicherheitslücken, die sich im Kontrollsystem aufgetan haben, sind dabei haarsträubend.« Die SPD wollte wissen, was die Landesregierung zum Schutz des Verbrauchers bewirkt hat. Nun zeige sich, dass die amtliche Lebensmittelkontrolle überhaupt nicht auf die Skandale der letzten Monate und Jahre reagiert hat. Die Personalkapazitäten wurden nicht erhöht, die Kontrollintensität wurde abgebaut und es ist nicht erkennbar, dass die Fachaufsicht, also Minister Ehlen, dem entgegengewirkt hat.

Der Minister lässt sich seitenlange Berichte vorlegen. Papier ist geduldig – das reicht der Landesregierung – der SPD aber nicht.

Karin Stief-Kreihe zeigte sich sichtlich enttäuscht von den schwachen Antworten. Sie forderte die Landesregierung auf, endlich zu handeln und den Verbraucher bestmöglich vor kriminellen Machenschaften zu schützen. Die unzulänglichen Antworten der Landesregierung erforderten ein konkretes Nacharbeiten. Von daher wird es eine weitere Große Anfrage der SPD-Fraktion geben!



Karin Stief-Kreihe,
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Keine weitere Salzeinleitung in die Werra und Weser!

Die K+S Kali GmbH aus Kassel plant die Einleitung von zusätzlichen 700.000 m³ salzhaltigen Haldenlaugenabwässern über eine Pipeline in die Werra und somit auch in die Weser. Diese zusätzliche Einleitung orientiert sich an dem aus dem Jahr 1942 stammenden 2.500 mg-Grenzwert, der längst nicht mehr zeitgemäß ist.

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung wurden länderübergreifend Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Werra/Weser diskutiert. Auf höchstpolitischer Ebene wurde dann am 30. März 1992 ein Bund-Länder-Abkommen getroffen, das die kontinuierliche Verbesserung der Wasserqualität festlegt und zum Ziel hat, den Grenzwert schrittweise auf international vergleichbare Standards abzusenken. Mit finanziellen Beihilfen in Höhe von 75 Mio. Euro trat dann das Werra-Entsalzungs-Abkommen in Kraft. Seitdem konnten die salzhaltigen Belastungen des Flusssystems um 90% verringert werden! Die Verbesserung des ökologischen Zustands von Werra und Weser ist zudem auch durch Europa-, Bundes- und Länderrecht geboten (z.B. Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie).

Zwar liegen wir immer noch deutlich über dem international anerkannten Grenzwert von 500 mg und somit am Ende der Skala für intakte Süßwasserflüsse, deutlicher können sich Erfolge bei der gemeinsamen Bekämpfung eklatanter Umweltsünden nicht darstellen. Diese Entwicklung darf in keinem Fall für Wirtschaftsinteressen aufgegeben werden. Die Unternehmen stehen nach unserer Auffassung in der Verantwortung, eine vernünftige Alternative aufzuzeigen. Politik und Verwaltung stehen in der Verantwortung dies zu unter-

stützen und gleichwohl die Interessen des Gemeinwohls im Auge zu haben.

Die SPD Landtagsabgeordneten aus Hessen, Thüringen, NRW und Niedersachsen haben am 11. Januar 2007 im Thüringer Landtag in Erfurt angeregt, eine gemeinsame Sitzung der Umweltausschüsse aller fünf Weseranrainerländer durchzuführen. Die hessischen Kollegen haben nunmehr die Initiative ergriffen und werden voraussichtlich zum 15. März 2007 zu dieser gemeinsamen Sitzung einladen. Neben einer Expertenanhörung wird man sich dort ausschließlich der Salzproblematik widmen. Hier handelt es sich um eine landespolitische Besonderheit, ein absolutes Novum. Das macht deutlich, dass eine länderübergreifende politische Lösung dieses Problems offensichtlich gewollt und als gangbarer Weg angesehen wird. In den betroffenen Bundesländern laufen derzeit, wie hier bei uns, ähnliche Initiativen, die sich mit entsprechenden Handlungsaufträgen an die Landesregierungen richten.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat zu dem Thema einen Entschließungsantrag eingebracht, der aktuell in der Diskussion ist. Die anderen Fraktionen sind aufgrund unserer länderübergreifenden Aktivitäten eingeschwenkt und haben sich zunächst dazu bekannt, wei-



Volker Brockmann,
SPD-Umweltexperte

tere Umweltverschmutzungen vermeiden zu wollen.

Unklar ist, wie sich die Fraktionen von CDU/FDP zu dem längst überholten Grenzwert positionieren. Die Erwartungen an Kali und Salz gingen dahin, den 1942 für eine Übergangszeit hingenommenen 2.500 mg-Grenzwert später zu reduzieren und ihn künftig gerade nicht zu verfestigen. Aber genau das würde durch die von K+S geplante Pipeline geschehen. Nach anfänglichen positiven Äußerungen in der Plenardebatte scheinen sich CDU und FDP nach der Umweltausschusssitzung am 29.01. doch wieder deutlich von einem umweltfreundlicheren Kurs zu distanzieren.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Heidi Merk hört auf – die SPD-Fraktion dankt für 20 Jahre Landtagsarbeit

Die SPD-Landtagsabgeordnete Heidi Merk schied auf eigenen Wunsch aus dem Landtag aus. Wie kaum ein anderes Parlamentsmitglied stand sie für klare und unverwechselbare Inhalte, formuliert auf ihre unnachahmliche, oftmals scharfzüngige, stets treffsichere Art.

1945 in Berchtesgaden geboren studierte Heidi Rechtswissenschaften in München. Seit Anfang der 1970er Jahre war sie bis zu ihrem Einzug in den Landtag 1986 Beamtin bei der Stadt Hannover. Prägend für ihre politischen Aktivitäten war immer das Zusammenleben in der »Einen Welt«: So arbeitete sie während des Studiums in Lima/Peru oder ließ sich 1984 beurlauben, um in einem UN-Flüchtlingslager in Honduras mit anzupacken.

Nach Schröders Wahlsieg 1990 war sie acht Jahre Justiz- und Europaministerin sowie zwei Jahre Ministerin für Frauen und Soziales. Die überzeugte Europäerin war auch während ihrer Ministerinnenzeit immer dort, wo Menschen in Not und Bedrängnis waren. Das alte Asylrecht verteidigte sie mit flammender Vehemenz. Südafrikas Befreiungsbewegung ANC unterstützte sie, wo sie nur konnte. Nach dem Fall des Apartheitsregimes war es u.a. sie, die eine Länderpartnerschaft Niedersachsens mit Südafrikas »Eastern-Cape«-Provinz durchsetzte und dort den Aufbau eines funktionierenden Justizsystems voranbrachte.

Gegen Rechtsextremismus und Ausländerhass stand Heidi immer in erster Reihe. Die CDU-Opposition spottete: »Keine Lichterkette ohne Heidi!« – Ein Vorwurf, der ihr zur Ehre gereichten sollte. Auch auf Frauenrechte ließ sie nichts kommen. Selten hatten die Frauenbeauftragten eine so starke Fürsprecherin wie während ihrer Ministerinnenzeit.

Fast überflüssig ist es, ihren Einsatz für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu erwähnen. – Oder die Konflikte, die sie durch ihre Themen mit anderen sozialdemokratischen Würdenträgern hatte. Gerade deshalb soll sie um so überraschter gewesen sein, als der neue Ministerpräsident Glogowski sie 1998 zusätzlich zur stellvertretenden Ministerpräsidentin berief.

Ab 2000 wieder als normale Landtagsabgeordnete tätig, stürzte sie sich auf »ihre« Themen: Europapolitik, Menschenrechte und eine humanitäre Flüchtlingspolitik.

Beim Abschied brachte Wolfgang Jüttner Heidis Engagement auf den Punkt: »Wir sind Heidi dankbar für die zwei Jahrzehnte



Heidrun Merk

te engagierter politischer Arbeit. Dabei hat sie immer gerade Furche gezogen. Opportunismus war ihr fremd. Sie hat es Gegnern, aber mitunter auch Parteifreunden nicht immer leicht gemacht.« Ihren »Unruhestand« will Heidi Merk mit internationaler Zusammenarbeit und konkreter Flüchtlingshilfe ausfüllen. »Ihr könnt euch darauf gefasst machen, dass künftige Petitionen und Eingaben an die Härtefallkommission aus meiner Feder stammen«, kündigte sie an.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Anhörung zum Mindestlohn der SPD-Fraktion

13.02.2007 ab 10:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: Bernd Maschke, Tel. 0511/30 30-40 01, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: bernd.maschke@lt.niedersachsen.de

Wolfgang Jüttner im Gespräch...

mit türkischen Vereinen und Verbänden

15.02.2007 ab 18:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: Andrea Seubert, Tel. 0511/30 30-40 10, Fax 0511/30 30-48 08, E-Mail: andrea.seubert@lt.niedersachsen.de

Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag

Mit:

- Wolfgang Jüttner, Vors. der SPD-Landtagsfraktion und nominierter Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl,
- Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion,
- Franz Müntefering, Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales,
- Garrelt Duin, MdB und SPD-Landesvorsitzender und weiteren Prominenten und einem Kulturprogramm für Klein und Groß

24.02.2007 von 9:30 bis 18:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Nachfragen bitte richten an: Thilo Scholz, Tel. 0511/30 30-40 38, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: thilo.scholz@lt.niedersachsen.de

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

SPD-Fraktion verleiht Kunstpreis

Der Kunstpreis 2006 der SPD-Landtagsfraktion wurde an den Hamelner Maler Reinhard Lange vergeben. Die Verleihung vor 250 Gästen fand am 23. Januar 2007 in der »kestnergesellschaft« in Hannover statt. Mehr über die Verleihung unter <http://www.spd-landtag-nds.de>.



Wolfgang Jüttner vor einem der Werke von Reinhard Lange.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

DAS KIND IM MITTELPUNKT:

Begabungen fördern – ist die Gemeinsame Schule der richtige Weg?

01.03.2007 von 17:00 bis 20:15 Uhr

Siehe Einladung Seite 11

Wolfgang Jüttner im Gespräch ...

mit Stadt- und Kreiselterneräten

03.03.2007 ab 10:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: Andrea Seubert, Tel. 0511/30 30-40 10, Fax 0511/30 30-48 08, E-Mail: andrea.seubert@lt.niedersachsen.de

Landtagsplenum

06. bis 08.03.2007

Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Wolfgang Jüttner im Gespräch ... mit den Sportverbänden

22.03.2007 ab 18:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an: Andrea Seubert, Tel. 0511/30 30-40 10, Fax 0511/30 30-48 08, E-Mail: andrea.seubert@lt.niedersachsen.de

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Einladung:

DAS KIND IM MITTELPUNKT:

Begabungen fördern – Ist die »Gemeinsame Schule« der richtige Weg?

Datum: 01.03.2007, 17:00 bis ca. 20:15 Uhr

Ort: Evangelische Fachhochschule,
Blumhardstr. 2, 30625 Hannover

Ablauf:

- bis 17:00 Uhr **Check-In für die Teilnehmer/innen**
Kaffee, Tee und Kaltgetränke
- 17:00 Uhr **Begrüßung**
Ingrid Eckel, MdL, bildungspolitische Sprecherin
- Einleitung in das Thema**
Wolfgang Jüttner, MdL, Fraktionsvorsitzender
- 17:15 Uhr **Referat: »Wenn man es doch besser weiß ... – Jetzt »Gemeinsame Schule« machen!«**
Prof. Dr. Eiko Jürgens, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik
- 18:00 Uhr **WORKSHOP-PHASE:**
- Workshop 1: **»Schule in Schweden: Was können wir für unser Schulsystem lernen?«**
Hans Alenius, Leiter Futurumschule in Schweden
- Workshop 2: **»Note versus Förderplan: Wie können wir bildungsgerechte Unterrichtskulturen entwickeln?«**
Prof. Dr. Eiko Jürgens, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik
- Workshop 3: **»Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: Welche Integrationskonzepte sind erfolgsversprechend?«**
NN

19:30 Uhr

DISKUSSION:

**Die »Gemeinsame Schule«: Politisches Hirn-
gespinnst oder »gute« Schule für Kinder und
Gesellschaft?**

- Wolfgang Jüttner, MdL, Fraktionsvorsitzender
- Hans Alenius, Leiter der Futurumschule in Schweden
- Bernd Siegel, Vorsitzender des Stadtelternerates Oldenburg
- Eberhard Brandt, Niedersächsisches Bildungsbündnis
- Ulrich Mittelstädt, Leiter der IGS Aurich-West und Schulbuchautor
- Moderation: Rolf Wernstedt, Kultusminister a.D.

20:15 Uhr

Ende der Veranstaltung

Durch die Veranstaltung führt Ingrid Eckel.

Im Anschluss an die Veranstaltung werden ein **Imbiss und Getränke** gereicht. Der Veranstalter bietet **Kinderbetreuung** an.

Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag – Thilo Scholz –
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover –
Tel. 0511/30 30-40 38 – Fax 0511/30 30-48 09 –
E-Mail: thilo.scholz@lt.niedersachsen.de

SPD zu Besuch bei der Deutschen Bundesumweltstiftung

Am 13.12.2006 besuchten der Arbeitskreis Umwelt der SPD Fraktion im Niedersächsischen Landtag und Vertreter der JU-SOS die Deutsche Bundesumweltstiftung (DBU) in Osnabrück. Der Abteilungsleiter Michael Dittrich informierte umfassend über die Entwicklung, Struktur und Organisation der größten europäischen Umweltstiftung, die im Jahre 1990 mit einem Stiftungskapital von rund 1,3 Milliarden Euro gegründet wurde und bislang rund 1.200 Umweltprojekte gefördert hat. Er betonte dabei die überparteiliche, rein sach- und fachorientierte Ausrichtung der Stiftung, die in ihren Gremien und im Kuratorium Vertreter aus allen Parteien aufweist.

Der Leiter des Zentralen Umweltkommunikationszentrums, Dr. Markus Große-Ophoff, leitete die Gruppe durch die aktuelle Ausstellung zum Thema »Bionik« und gab einen Überblick über die Vielfalt der bislang bewilligten Projekte und des neu geplanten Programms der DBU »Haus sanieren – profitieren!«

Hans-Dieter Haase, umweltpolitischer

Sprecher der SPD-Fraktion, war beeindruckt von der Vielfalt der Projekte und sehr erfreut, dass im Anschluss daran der DBU Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde zum Mittagessen einlud. In entspann-

ter Atmosphäre diskutierte man u. a. den erforderlichen Strukturwandel in der Energieversorgung als wesentlichen Schwerpunkt im Klimaschutz sowie über die Chancen innovativer Umwelttechnologien.



Zu Gast bei der DBU (v.l.n.r.): Kathrin Rühl, Dr. Fritz Brickwedde, Hans-Dieter Haase, Bernadette Schuster-Barkau, Wiard Siebels, Brigitte Somfleth, Dr. Markus Große-Ophoff